



Aebischer Susanne

Frühkindliche Bildung als Bildungspolitik - Integration der schulergänzenden Betreuung in die EKSD

Mitunterzeichner: 0

Datum der Einreichung: 15.06.20

DSAS/DICS

Begehren

Gemäss den aktuellsten Zahlen des Bundesamts für Statistik betreffend der Familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung werden, gemäss den letzten Zahlen aus dem Jahr 2018, 64 % der Kinder unter 13 Jahren in der Schweiz familienergänzend betreut. Am häufigsten durch Grosseltern (33 %), Kindertagesstätten sowie schulergänzende Betreuung (32 %).

Also stellen nachweislich die Grosseltern eine wichtige Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Während der ersten Corona-Welle, wurde den Grosseltern wegen der Ansteckungsgefahr dringendst abgeraten, ihre Grosskinder zu betreuen. Die Kinder von Eltern, welche systemrelevanten Tätigkeiten nachgehen, mussten in dieser Zeit in der Schule betreut werden. Und für die anderen Kinder, welche durch ihre Eltern betreut werden mussten, wurde gerade für berufstätige Eltern die Situation teilweise eine sehr grosse Belastung.

Gemäss einer Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen gibt es schweizweit mittlerweile 62 500 Plätze in Kinderkrippen und 81 000 Plätze bei Mittagstischen von Schulen, dies auch dank der Anschubfinanzierung des Bundes.

Eine Elternbefragung offenbart aber: Das bestehende Angebot entspricht nicht der Nachfrage. Auch verzichten rund 20 % der Eltern auf Betreuung, weil sie ihnen schlicht zu teuer ist. Im Vergleich zum umliegenden Ausland zahlen sie zwei- bis dreimal so hohe Tarife, weil die öffentliche Hand hierzulande weniger Steuergelder in die Kitas steckt.

Nun werden auch Forderungen des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (in dessen neuem Positionspapier) laut, dass die öffentliche Hand mehr Geld in Kitas und Tagesschulen investieren soll.

Als Antwort darauf empfiehlt Kibesuisse, dass die frühkindliche Förderung künftig über das Schulbudget laufen soll. Weiter soll frühkindliche Betreuung als Bildungspolitik anerkannt und dementsprechend finanzpolitisch behandelt werden.

Forschungsliteratur zeigt zudem auf, dass eine bessere soziale Durchmischung im Vorschulalter Kindern aus bildungsfernen Familien zu besseren Schulabschlüssen und Berufslehren verhilft, und weiter, dass jeder investierte Franken in die frühkindliche Förderung von bildungsfernen Schichten einen gesellschaftlichen Nutzen von zwei und mehr Franken erzeugt.

Im Kanton Freiburg ist die Thematik der familienergänzenden Kinderbetreuung auch für die schulergänzende Betreuung in der Direktion für Gesundheit und Soziales angesiedelt.

Daher ersuche ich den Staatsrat und insbesondere die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Falls die Grosseltern bei einer weiteren Corona-Welle wieder nicht ihre Grosskinder betreuen sollen, gibt es für Schulkinder genügend Betreuungsplätze, insbesondere in der schulergänzenden Betreuung, welche die Berufstätigkeit insbesondere für systemrelevante Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (auch mit unregelmässigen Arbeitszeiten), aber auch für die anderen Berufsgruppen gewährleisten? Und falls nein, was unternimmt der Kanton, um diese Situation zu entschärfen?
2. Wäre es für den Kanton Freiburg denkbar, einen Systemwechsel zu vollziehen und die frühkindliche Betreuung als Bildungspolitik anzuerkennen?
3. Wäre eine stufenweise Überführung, beispielsweise der schulergänzenden Betreuung, in die EKSD denkbar?
4. Welche Synergien würden in diesem Fall potentiell bei den Schulen, dem Personal, in der Ausbildung der Betreuungspersonen, den Gemeinden und dem Kanton entstehen?
5. Könnten durch eine Überführung der schulergänzenden Betreuung in den Schulbetrieb Kosten gesenkt werden, indem z. B. die gleichen Anforderungen an die Räumlichkeiten wie im Schulbetrieb gelten würden und die Räumlichkeiten der Schule dafür genutzt werden können oder wie in anderen Kantonen, die Schulleitung, Lehrpersonen, Putzkräfte etc. gewisse Aufgaben neben dem pädagogisch ausgebildeten Betreuungspersonal und den Hilfskräften übernehmen?
6. Würde ein solcher Wechsel Schritte in Richtung freiwillige Tagesschulen und/oder Ganztageschulen (analog Kanton Bern) erleichtern, welche neue Lehr- und Lernformen ermöglichen?
7. Würde ein solcher Wechsel es vereinfachen, eine Kooperation mit Sportvereinen, Musikschulen, Jugendarbeit etc. einzugehen, welche es den Kindern, die schulergänzende Betreuung beanspruchen, ermöglichen würde, diese Angebote zu nutzen und so kulturelle und sportliche Förderung zu erhalten? Und wäre es denkbar, die Finanzierung über das Budget des Tagesschulangebots abzuwickeln, wie es die Erziehungsdirektion des Kantons Berns in ihrem Leitfaden empfiehlt?

Anmerkung: Ich gehe davon aus, dass die Eltern sich, wie heute, je nach Einkommen am Betreuungsangebot und den Kosten fürs Essen beteiligen.
